

Anarchistische Bibliothek
Anticopyright



Manifest der Sechzehn

Christian Comelissen, Henri Fuss, Jean Grave,
Jacques Guérin, Peter Kropotkin, Charles Malato

Christian Comelissen, Henri Fuss, Jean Grave, Jacques Guérin, Peter
Kropotkin, Charles Malato
Manifest der Sechzehn
1916

Entnommen aus: Hohmann, Andreas W. (Hg.) – *Ehern, tapfer,
vergessen. Die unbekannt Internationalale*. Kapital braucht Kriege – wir
nicht! Band 3. 2014, Edition AV, Lich/Hessen.

anarchistischebibliothek.org

1916

Von verschiedenen Seiten werden Stimmen laut, die einen sofortigen Frieden fordern. „Genug des Blutvergießens, genug der Zerstörung“, heißt es, „es ist Zeit, damit aufzuhören, auf welche Weise auch immer“. Mehr als irgendjemand sonst, und das seit langem, sind wir, in unseren Zeitungen, gegen jeden Angriffskrieg zwischen Staaten eingetreten, und gegen jeden Militarismus, egal, ob er den Helm des Kaisers oder den der Republik trägt. Und wir wären im höchsten Maße beglückt, wenn die Arbeiter Europas auf einem internationalen Kongress die Bedingungen für einen Frieden diskutieren würden – wenn so etwas möglich wäre. Zumal sich das deutsche Volk im August 1914 hat täuschen lassen, und auch wenn es wirklich geglaubt hat, für die Verteidigung seines Territoriums mobilisiert zu werden, so hatte es mittlerweile Zeit genug, um zu bemerken, dass man es betrogen und stattdessen in einen Eroberungskrieg geworfen hat.

Tatsächlich sollten die deutschen Arbeiter, zumindest in ihren mehr oder weniger fortschrittlichen Gruppierungen, inzwischen verstanden haben, dass die Pläne zur Invasion Frankreichs, Belgiens und Russlands von langer Hand vorbereitet waren und dass, wenn dieser Krieg nicht 1875, 1880, 1911 oder 1913 ausgebrochen ist, es daran lag, dass die internationalen Beziehungen zu dieser Zeit noch keine so günstigen Voraussetzungen boten und die militärischen Vorbereitungen noch nicht weit genug vorangeschritten waren, um Deutschland die Aussicht auf einen Sieg zu eröffnen (Vervollständigung der strategischen Linien, Ausbau des Nordostseekanals, Perfektionierung der großen Belagerungsgeschütze). Und jetzt, nach zwanzig entsetzlich verlustreichen Monaten Krieg sollte ihnen bewusst sein, dass die deutsche Armee ihre Eroberungen nicht behaupten können. Zumal der Grundsatz zu berücksichtigen ist (den Frankreich schon 1859, nach der Niederlage Österreichs, anerkannt hat), dass es der Bevölkerung jedes Territoriums selbst ob-

¹ Nachdem mit Karl Liebknecht und Otto Rühle Ende 1914/Anfang 1915 die ersten SPD-Reichstagsabgeordneten die Bewilligung von Kriegskrediten abgelehnt hatten, bildete sich sowohl innerhalb der Partei als auch in der SPD-Parlamentsfraktion eine wachsende Opposition gegen den Krieg.

rot¹³, Paul Reclus¹⁴, Richard (Algerien)¹⁵, Ichikawa (Japan)¹⁶, W. Tscherkesoff¹⁷

¹³ Marc Pierrot (1871–1950), französischer Arzt und Anarchist, dem Syndikalismus nahestehend.

¹⁴ Paul Reclus (1858–1941), französischer Anarchist, Sohn von Élie und Neffe von Élisée Reclus.

¹⁵ Vermutlich Pierre Richard (7-1933/1934), französischer Metallarbeiter, der sich Anfang des 20. Jahrhunderts in Algerien niederließ und u.a. als Algerienkorrespondent von „Les Temps Nouveaux“ fungierte.

¹⁶ Sanshiro Ishikawa (1876–1956), japanischer Anarchist, hielt sich während des Ersten Weltkriegs in Frankreich auf.

¹⁷ Waarlam Tscherkesoff (oder Tscherkessischwili, 1846–1925), aus georgischer Adelsfamilie stammender Anarchist und enger Weggefährte Kropotkins.

wir Internationalisten sind, dass wir die Einheit der Völker wollen, das Verschwinden der Grenzen. Und gerade, weil wir die Versöhnung der Völker, einschließlich des deutschen Volkes, wollen, sind wir der Auffassung, dass man einem Aggressor widerstehen muss, der die Auslöschung all unserer emanzipatorischen Hoffnungen verkörpert.

Von Frieden zu sprechen, so lange die Partei, die Europa seit fünfundvierzig Jahren⁴ in ein befestigtes Heerlager verwandelt, in der Lage ist, ihre Bedingungen zu diktieren, wäre der schlimmste Fehler, den man begehen könnte. Widerstand zu leisten und ihre Pläne zum Scheitern zu bringen, heißt, dem vernünftig geliebten Teil der deutschen Bevölkerung den Weg zu bereiten und ihm die Möglichkeit zu verschaffen, sich dieser Partei zu entledigen. Mögen unsere deutschen Genossen einsehen, dass dies die einzige, für beiden Seiten vorteilhafte Lösung ist, dann sind wir bereit, mit ihnen zusammenzuarbeiten – 28. Februar 1916.

Christian Cornelissen⁵, Henri Fuss⁶, Jean Grave⁷, Jacques Guérin⁸, Peter Kropotkin, A. Laisant⁹, F. Le Lève (Lorient)¹⁰, Charles Malato¹¹, Jules Moineau (Lüttich)¹², Ant. Orfila (Husseindey, Algerien), M. Pier-

⁴ Gemeint ist: seit dem deutsch-französischen Krieg von 1870–1871.

⁵ Christiaan Cornelissen (1864–1942), holländischer Anarchosyndikalist, Herausgeber des mehrsprachigen „*Bulletin International du Mouvement Syndicaliste*“ (1907–1914), das eine wichtige Koordinationsfunktion für die internationale syndikalistische Bewegung hatte.

⁶ Henri Fuss (1885–1964), Setzer und Journalist, vor dem Ersten Weltkrieg eine der aktivsten Figuren in der anarchistischen und syndikalistischen Bewegung Belgiens und Frankreichs.

⁷ Jean Grave (1854–1939), Herausgeber der Zeitschriften „*La Revolté*“ (1885–1894) und „*Les Temps nouveaux*“ (1895–1914). Als Publizist und Propagandist kropotkinscher Ideen einer der einflussreichsten französischen Anarchisten vor dem Ersten Weltkrieg.

⁸ Jacques Guérin (ca. 1884–1920), französischer Anarchist und einer der Herausgeber von „*Les Temps Nouveaux*“.

⁹ Charles-Ange Laisant (1841–1920), französischer Offizier, Mathematiker und republikanischer Politiker, der sich in den 1890er Jahren zum Anarchisten wandelte.

¹⁰ François Le Levé (1882–1945), bretonischer Anarchosyndikalist. Aktiv in der Hafentarbeitergewerkschaft und der „Arbeitsbörse“ seiner Heimatstadt Lorient.

¹¹ Charles Malato (1857–1938), anarchistischer Schriftsteller und Journalist.

¹² Jules Moineau (1857–1934), belgischer Anarchist.

liegt, darüber zu entscheiden, ob sie annektiert werden möchte oder nicht.

Wenn die deutschen Arbeiter beginnen, die Situation so zu verstehen, wie wir es tun, und wie bereits jetzt eine kleine Minderheit ihrer Sozialdemokraten sie versteht¹ – und wenn es ihnen gelingt, sich bei ihren Regierenden Gehör zu verschaffen –, dann könnte es eine Ebene der Verständigung geben, um mit Friedensverhandlungen zu beginnen. Doch dazu müssten sie erklären, dass sie Annexionen absolut ablehnen; dass sie auf das Vorhaben verzichten, von den eroberten Nationen „Kontributionen“ zu erheben; dass sie die Pflicht des deutschen Staates anerkennen, die materiellen Schäden, die von den Invasoren bei ihren Nachbarn angerichtet wurden, im Rahmen des Möglichen zu beheben, und dass sie nicht die Absicht hegen, sie durch sogenannte Handelsverträge ökonomisch zu unterwerfen. Leider sind bisher keine Anzeichen eines solchen Erwachens seitens des deutschen Volkes zu erkennen.

Es war von der Zimmerwalder Konferenz² die Rede, doch auf dieser Konferenz fehlte das Wesentliche: eine Vertretung der deutschen Arbeiter.³ Man hat auch viel Aufhebens von einigen Unruhen gemacht, die in Deutschland wegen der hohen Lebensmittelpreise ausgebrochen sind. Dabei wird vergessen, dass es in allen großen Kriegen zu solchen Unruhen kam, ohne dass sie Einfluss auf deren Dauer hatten. Außerdem weisen alle derzeit von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen darauf hin, dass sie neue Offensiven für das Frühjahr plant. Da sie aber auch weiß, dass die Alliierten ihr im Frühjahr mit neuen, besser ausgerüsteten Armeen und einer viel stärkeren Artillerie als zuvor gegenüberstehen werden, arbeitet sie auch daran, Zwietracht in den Bevölkerungen der alliierten Länder zu säen. Und sie setzt dafür ein Mittel

² Nach dem Tagungsort, dem schweizerischen Dorf Zimmerwald (nahe Bern) benannte sozialistische Konferenz vom 5.-8. September 1915, bei der Kriegsgegner aus verschiedenen sozialdemokratischen Parteien über die Aufkündigung der Burgfriedenspolitik und die Rückkehr zum Klassenkampf als Mittel zur Beendigung des Krieges berieten.

³ Das ist unrichtig. Tatsächlich war eine deutsche Delegation auf der Konferenz vertreten und zahlenmäßig neben den Exilrussen sogar die stärkste Fraktion.

ein, das so alt ist wie der Krieg selbst: das Verbreiten von Gerüchten über einen bevorstehenden Frieden, dem sich auf Seiten des Gegners nur die Militärs und die Waffenlieferanten widersetzen würden. Eben darum bemühte sich Bülow mit seinen Sekretären während seines letzten Aufenthalts in der Schweiz.

Doch was sind seine Bedingungen für einen Friedensschluss?

Die Neue Züricher Zeitung glaubt zu wissen, und die regierungsamtliche Norddeutsche Zeitung widerspricht ihr nicht, dass ein Großteil Belgiens geräumt würde, allerdings nur unter der Bedingung, dass das Land Garantien abgibt, dass es sich nicht nochmals, wie im August 1914, dem Durchmarsch deutscher Truppen widersetzt. Was wären das für Garantien? Die belgischen Kohlegruben? Der Kongo? Davon verlautet nichts. Doch bereits jetzt wird eine hohe jährliche Kontribution erhoben. Die eroberten Territorien in Frankreich würden zurückgegeben, ebenso der französischsprachige Teil Lothringens. Doch im Gegenzug müsste Frankreich dem deutschen Staat alle russischen Anleihen überlassen, deren Wert sich auf achtzehn Milliarden beläuft. Mit anderen Worten, eine Kontribution von achtzehn Milliarden, die von den französischen Land- und Industriearbeitern aufzubringen wären, weil sie die Steuerzahler sind. Achtzehn Milliarden für den Rückkauf von zehn Departements, die dank ihrer Hände Arbeit so reich und prosperierend waren und die sie ruiniert und verwüstet zurückerhalten...

Und wenn man wissen will, was man in Deutschland über die Friedensbedingungen denkt, so ist eines sicher: die bürgerliche Presse bereitet die Nation auf den Gedanken vor, Belgien und die französischen Norddepartements schlicht und einfach zu annektieren. Und es gibt in Deutschland keine Kraft, die dagegen Widerstand leisten würde. Die Arbeiter, die ihre Stimme gegen diese Eroberungen hätten erheben müssen, tun es nicht. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter lassen sich von der Welle imperialistischer Begeisterung mitreißen und die sozialdemokratische Partei, die trotz ihres Massenanhangs zu schwach ist, um in allem, was den Frieden betrifft, Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung zu nehmen, ist in dieser Frage in zwei verfeindete Lager gespalten, wobei die Parteimehrheit auf Seiten der Regierung steht. Das

deutsche Reich sieht angesichts der Tatsache, dass seine Armeen seit achtzehn Monaten 90 Kilometer vor Paris stehen und dass es in seinem Traum von neuen Eroberungen vom deutschen Volk unterstützt wird, keinerlei Veranlassung, warum es aus seinen bisherigen Eroberungen keinen Nutzen ziehen sollte. Es glaubt sich in der Lage, Friedensbedingungen diktieren zu können, die ihm ermöglichen würden, mit den neuen Milliarden an Kontributionen weiter aufzurüsten, um Frankreich bei passender Gelegenheit erneut anzugreifen, ihm seine Kolonien und weitere Provinzen zu entreißen, ohne seinen Widerstand noch fürchten zu müssen.

Gerade jetzt von Frieden zu sprechen, hieße genau, das Spiel der deutschen Regierungspartei zu betreiben, das von Bülow und seiner Agenten.

Wir hingegen weigern uns strikt, die Illusionen mancher unserer Genossen zu teilen, was die friedlichen Absichten derer angeht, die die Geschicke Deutschlands lenken. Wir ziehen es vor, der Gefahr ins Auge zu blicken und zu unternehmen, was notwendig ist, um sie abzuwenden. Diese Gefahr zu ignorieren hieße, sie zu vergrößern.

Unserer tiefsten Überzeugung nach ist die deutsche Aggression eine – in die Tat umgesetzte – Bedrohung nicht nur unserer Emanzipationshoffnungen, sondern der menschlichen Entwicklung schlechthin. Deshalb haben wir Anarchisten, wir Antimilitaristen, wir Kriegsgegner, wir leidenschaftlichen Befürworter des Friedens und des brüderlichen Miteinanders der Völker, uns auf die Seite des Widerstandes gestellt, in dem Glauben, unser Schicksal nicht von dem der übrigen Bevölkerung trennen zu dürfen. Wir halten es für überflüssig zu betonen, dass wir es lieber gesehen hätten, dass diese Bevölkerung ihre Selbstverteidigung in die eigenen Hände nimmt. Da dies unmöglich war, blieb nur, sich in das Unabänderliche zu fügen. Und mit denen, die kämpfen, sind wir der Meinung, dass solange die deutsche Bevölkerung nicht zu vernünftigeren Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit zurückkehrt und endlich aufhört, sich als Werkzeug pangermanischer Herrschaftspläne missbrauchen zu lassen, von Frieden keine Rede sein kann. Trotz des Krieges, trotz des Gemetzels haben wir natürlich nicht vergessen, dass